

# Presseinformation



Es gilt das gesprochene Wort!

TOP 21 – Rechte von trans- und intersexuellen Menschen stärken

Dazu sagt der queerpolitische Sprecher  
der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen,

**Rasmus Andresen:**

**Landtagsfraktion  
Schleswig-Holstein**

Pressesprecherin  
**Claudia Jacob**

Landeshaus  
Düsternbrooker Weg 70  
24105 Kiel

Zentrale: 0431 / 988 – 1500  
Durchwahl: 0431 / 988 - 1503  
Mobil: 0172 / 541 83 53

presse@gruene.ltsh.de  
www.sh.gruene-fraktion.de

**Nr. 498.16 / 17.11.2016**

## Die Diskriminierung für Trans- und Intersexuelle muss beendet werden

Für uns alle spielt unser Geschlecht oder unsere sexuelle Orientierung eine entscheidende Rolle für unser Leben. Männer werden besser bezahlt als Frauen und dominieren unsere Wirtschaftsstrukturen. Heterosexuelle haben mehr Rechte als Homosexuelle. Alles war schon Gegenstand zahlreicher Debatten hier im Haus und gehört weiter thematisiert.

Doch diese Fragen sind kein Vergleich dazu, wie Trans- und Intersexuelle in unserer Gesellschaft auf Unverständnis für ihre Situation stoßen und diskriminiert werden. Transsexuelle sind doppelt so oft Opfer von Gewalttaten wie Homosexuelle, die auch schon vielfach unter gewalttätigen Übergriffen leiden.

Sie werden weniger akzeptiert, weil sie anders als viele andere nicht in unsere klassischen Geschlechterrollen und zweigeschlechtliche Normvorstellung passen. Sie müssen ständig fürchten, nicht akzeptiert zu werden. Weder von ihrer Familie oder von ArbeitskollegInnen.

Und selbst wenn es angeblich harmlose Sprüche sind wie „Transsexuelle, das sind doch Männer, die meinen, Frauen zu sein“. Auch das kann Betroffene tief verletzen. Die zirka 200.000 transsexuellen Menschen in Deutschland und sicherlich einige Tausend in Schleswig-Holstein dürfen nicht vergessen werden. Die Rechte von trans- und intersexuellen Menschen sind Menschenrechte. Jede/r Mensch hat das Recht die Person zu sein, die sie sein will.

Transsexualität ist keine psychische Krankheit. Deshalb gehört Transsexualität von der Liste der psychischen Krankheiten der Weltgesundheitsorganisation gestrichen. Das

dänische Folketing hat dies als Forderung beschlossen. Heute folgen wir.

Wir wollen, dass Transsexuelle ihren Vornamen und die Berichtigung des Personenstands einfacher als bisher vornehmen können. Transsexuelle müssen sich, wenn sie ihren Personenstand und Vornamen ändern wollen, nervenaufreibenden Gutachten unterziehen. Das Verfahren allein ist diskriminierend, kräftezehrend und für Betroffene sehr kostspielig. Es können Kosten von deutlich über 1000 Euro pro Gutachten anfallen. Das allein ist ein Problem.

Ähnlich wie gerade in Norwegen beschlossen, wollen auch wir dem ein Ende setzen. Es muss unkompliziert möglich sein, dass das subjektive Empfinden und nicht äußere Geschlechtsmerkmale entscheidend für Geschlechtsidentität sind. Jede/r soll so leben können wie man sich fühlt.

Deshalb wollen wir Grüne eine dritte Option in offiziellen Dokumenten einführen, damit Menschen, die sich nicht auf ein Geschlecht festlegen wollen, eine Möglichkeit haben, dies anzugeben. So wie es in Schweden u.a. möglich ist.

Die Lage für viele Intersexuelle, also Menschen mit nicht eindeutigen körperlichen Geschlechtsanlagen, ist noch schwieriger. Viele intersexuelle Kinder und Jugendliche leiden unter medizinischen Eingriffen in Form von geschlechtszuweisenden Operationen. Solche Operationen können schwere Körperverletzungen an Geschlechtsteilen sein und psychische Langzeitschäden auslösen.

Wir sagen eindeutig, dass es solche massiv verletzenden Eingriffe in die Selbstbestimmung von jungen Menschen nicht ohne ihre ausdrückliche Einwilligung und umfassende Informationen geben darf. Genitalverstümmelungen an Intersexuellen gehören ganz verboten. Alles andere ist skandalös.

In der Medizinaus- und Fortbildung fordern wir eine stärkere Sensibilisierung für die Anliegen von trans- und intersexuellen Menschen. Es gibt kaum medizinische und psychosoziale Beratungsangebote für trans- und intersexuelle Menschen. Das müssen wir ändern.

Allein, dass wir uns heute im Landtag das erste Mal überhaupt mit Trans- und Intersexualität beschäftigen, obwohl es viele tausend Betroffene gibt, zeigt, wie sehr wir Nachholbedarf haben. Wir wollen deshalb Organisationen stärken, die sich für Trans- und Intersexuelle einsetzen. Ihre Forderungen müssen von der Politik, den Medien und in der öffentlichen Debatte stärker gehört werden.

Es ist an der Zeit, dass die Diskriminierung für Trans- und Intersexuelle beendet wird. Unser heutiger Antrag soll dazu einen Beitrag leisten. Ich bedanke mich bei den Kolleg\*innen von SPD und SSW, sowie FDP und Piraten, dass sie diesen Weg mit uns gehen.

\*\*\*